

SWR2 Wissen

Rechtsextreme in Uniform – Rassismus bei Polizei und Justiz

Von Jan Tussing

Sendung vom: Freitag, 17. Februar 2023, 08.30 Uhr

Redaktion: Sonja Striegl

Regie: Autorenproduktion

Produktion: SWR 2023

Polizisten dürfen nicht aus Sympathie mit Rassisten und Rechtsextremisten deren Gewalttaten decken. Dass es so sein könnte, zeigen die Ermittlungsfehler im NSU-Komplex und zum Attentat von Hanau am 19. Februar 2020.

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-sw2-wissen-100.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIPT

Atmo 1: Helikopter

Autor:

In der Nacht des 19. Februar 2020 kreist ein Polizeihubschrauber über Hanau. Es ist kurz nach 22 Uhr. Gesucht wird ein 45-jähriger Mann. Er hat mit einer Pistole in zwei Shisha-Bars wahllos auf Gäste geschossen. Die Motive des Täters sind noch unklar. Aber Name und Wohnort des Mannes sind der Polizei bereits bekannt. Die Beamten im Cockpit des Hubschraubers warten auf die Adresse des Täters, um das Haus aus der Luft zu beobachten.

Atmo 1 kurz hoch

Autor:

Die schwarz-weiß-Aufnahmen aus dem Helikopter zeigen den Hanauer Stadtteil Kesselstadt. Hier soll der Täter wohnen. Inzwischen ist es Mitternacht und die Beamten im Polizeihubschrauber ärgern sich, weil sie die Adresse des Täters immer noch nicht erhalten haben. Aus Datenschutzgründen sind sie hier nur mit verfremdeten Stimmen zu hören.

Atmo 2: Stimmen verfremdet

Autor:

Um 0.30 geben die Piloten auf. Zweieinhalb Stunden sind sie ziellos über Hanau gekreist. Was ist passiert? Wollte die hessische Polizei den rassistischen Mörder nicht finden, weil sie mit ihm sympathisierte?

Sprecherin:

„Rechtsextreme in Uniform – Rassismus bei Polizei und Justiz“. Von Jan Tussing.

Autor:

Der Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020 gehört zu den blutigsten rechtsterroristischen Anschlägen in Deutschland. Neun junge Menschen aus Hanau mit migrantischem Hintergrund werden von einem 45-jährigen Deutschen aus rassistischen Motiven getötet. Was genau in der Tatnacht passierte, ist auch drei Jahre nach dem Anschlag nicht vollständig bekannt. Die Aufklärung wurde und werde von der hessischen Polizei, der Justiz und der hessischen Landesregierung verhindert, so der Vorwurf von Heike Kleffner:

O-Ton 01 Heike Kleffner:

In diesem Polizeieinsatz zeigt sich an unterschiedlichen Stellen struktureller Rassismus.

Autor:

Heike Kleffner ist Journalistin und Geschäftsführerin des Verbands der „Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ in Berlin. Für sie ist klar, während des polizeilichen Einsatzes in der Tatnacht wurden

viele Fehler gemacht. Fehler, die auf die rassistischen Vorurteile der Polizisten gegenüber Ausländern zurückzuführen sind.

O-Ton 02 Heike Kleffner:

Und die sind ja davon ausgegangen, dass es Clan-Kriminalität / Shisha-Bar, etc. war, davon war dieser Einsatz geprägt, denn sonst kann man sich dieses Verhalten nicht erklären. Und das ist das gleiche Muster wie der institutionelle Rassismus nach jedem Mord des NSU-Netzwerks, als gegen die Angehörigen der Ermordeten ermittelt wurde.

Autor:

Auch für den Frankfurter Juristen Prof. Günter Frankenberg offenbart der Einsatz der Polizeibeamten und des Sondereinsatzkommandos in Hanau viele Pannen und Fehler. Es gehe um Fehlverhalten, aber auch um Überforderung. Im Report „Recht gegen Rechts“ aus dem Jahr 2021 fasst er das Versagen der Institutionen zusammen.

Zitator:

In den Nachtstunden des 19. Februars 2020 wird Hanau zum Menetekel für die rechtsextremen Entwicklungstendenzen in dieser Republik sowie zum Beweis für misslungene Gefahrenabwehr, pflichtwidrige Strafverfolgung und hartnäckige Abwehr von Kritik.

Musik: unter die abwechselnden Fragen legen

Autor:

Viele Fragen zur Tatnacht von Hanau bleiben bis heute unbeantwortet:

Sprecherin:

Warum war der Notausgang der Arena Bar, einer der Tatorte, verschlossen? Das war der Polizei bekannt. Unklar ist, ob das Absperrern des Notausgangs auf Anweisung oder Absprache mit der Polizei zurückgeht.

Sprecher:

Warum missachtete die Polizei das Totenfürsorgerecht der Angehörigen? Obwohl die Identität und Adresse der betroffenen Familien den Polizeikräften bekannt waren, dauerte es Stunden, bis ihnen mitgeteilt wurde, dass die Opfer tot sind.

Sprecherin:

Als die Polizisten bei der Arena Bar eintrafen, unterließen sie gesundheits- und lebensschützende Hilfeleistungen und stiegen drei Mal über die reglos am Boden liegenden Opfer hinweg, ohne deren Vitalfunktionen zu überprüfen. Erst nach einer halben Stunde holte das ein Arzt nach. Die Angaben des Todeszeitpunktes sind auch falsch. Und es ist nicht klar, ob eines der Opfer, Ferhat Unvar, hätte gerettet werden können, wenn sofort erste Hilfe geleistet worden wäre.

Musik weg

Autor:

Pannen, Schlamperei oder Vorsatz? Direkt nach dem Anschlag lobte der hessische Innenminister Peter Beuth die „gute Arbeit der Polizei“. Für Heike Kleffner dagegen ist der Grund für die vielen Fehler der Polizeibehörden in der Tatnacht von Hanau eindeutig: Hessen habe ein Problem mit rechtsextremen Beamten, sagt sie:

O-Ton 03 Heike Kleffner:

Also Nancy Faeser hat ja Anfang Mai den zweiten Lagebericht zusammen mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz vorgestellt, der unter dem Motto steht: „Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden“. Und man muss ganz klar sagen: Dieser Bericht zeigt lediglich die Spitze des Eisbergs. Aber auch in der Spitze des Eisbergs ist Hessen führend.

Autor:

Im Erhebungszeitraum zwischen dem 1. Juli 2018 und dem 30. Juni 2021 zählt der zweite Lagebericht „Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“ rund 860 Fälle von Mitarbeitenden mit Bezügen zu Rechtsextremismus, bundesweit. Dazu gehört auch die Reichsbürger-Szene. Hessen steht hier mit 92 Prüf-, Verdachts- und erwiesenen Fällen an dritter Stelle bundesweit. Nordrhein-Westfalen führt die Tabelle an, auf Platz 2 und 4 liegen Berlin und Baden-Württemberg. Schon nach der rassistisch motivierten Mordserie durch den Nationalsozialistischen Untergrund, kurz NSU, an neun Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund sticht Hessen gemessen an der Einwohnerzahl heraus. Hier wurden laut Kleffner die rassistischen Vorurteile bei den Ermittlungen sichtbar.

O-Ton 04 Heike Kleffner:

Und dass allen Beteuerungen nach der Selbstenttarnung des NSU in Hessen, auch in Hessen zum Trotz, die Polizei nach einem der schwersten rechtsterroristischen Attentate genau die gleichen Muster reproduziert wie beispielsweise nach dem Mord in Hessen des NSU an Halit Joskat. Das ist katastrophal, und das zeigt sich auch in Hanau. Diese Form des institutionellen Rassismus führt zu einer doppelten Viktimisierung der Überlebenden und der Angehörigen.

Autor:

Die behördlichen Ermittlungen fokussierten sich damals auf die Opfer und ihre Angehörigen, was zu deren Stigmatisierung führte. Von „Döner-Morden“ schrieben abwertend viele Medien. Gleichzeitig wurde eine rechtsextreme Tat ausgeschlossen. Das gleiche Muster sei in den Ermittlungen von Hanau sichtbar geworden:

O-Ton 05 Heike Kleffner:

In Hessen zeigt sich auch die Weigerung der Polizeiführung, sich für diesen katastrophalen Polizeieinsatz zu entschuldigen, Verantwortung zu übernehmen, mit den Angehörigen zu sprechen. Und den Überlebenden zu sagen: „Ja, wir haben Fehler gemacht und wir entschuldigen uns dafür. Wir übernehmen Verantwortung.“ Diese Weigerung führt dazu, dass die gesamte Last der Aufarbeitung bei den Überlebenden und Hinterbliebenen ist und das ist institutioneller Rassismus.

Autor:

Dass es – zumindest punktuell – ein Rassismus-Problem im deutschen Sicherheitsapparat gibt, zeigt sich auch am „NSU-Skandal 2.0“ – einer Serie von Morddrohungen und Beleidigungen, in der das 1. Frankfurter Polizeirevier im Zentrum der Ermittlungen stand. Im August 2018 erhielt die Frankfurter Anwältin Seda Basay Yildiz ein Fax, auf dem der Absender unter anderem damit drohte, ihre „Tochter abzuschlachten“. Er unterschrieb mit dem Kürzel „NSU 2.0“, in Anspielung auf den NSU-Prozess, in dem Basay Yildiz 2006 als Nebenklägerin tätig war. Die Frankfurter Anwältin erstattete Anzeige und löste damit einen der größten Polizeiskandale in der Geschichte der Bundesrepublik aus. Denn schnell stießen die Ermittler auf den Computer, von dem die – aus Sicherheitsgründen gesperrte – Adresse der Anwältin am Tag der Drohung abgerufen wurde: Er steht im 1. Frankfurter Polizeirevier. Aber anstatt die fünf verdächtigen Beamten sofort zu suspendieren, wurde die Aufklärung verschleppt.

O-Ton 06 Antonia von der Behrens:

Nachdem bekannt geworden war, im Zuge der Ermittlungen wegen dieses Drohfaxes, dass die Daten von dem Polizeicomputer auf dem ersten Polizeirevier abgerufen worden waren, wurden die Ermittlungen nicht etwa an das hessische LKA abgegeben, sondern das Polizeipräsidium Frankfurt ermittelte faktisch gegen sich selber.

Autor:

In Hessen gibt es keine *unabhängige* Dienststelle für interne Ermittlungen. Für die Rechtsanwältin Antonia von der Behrens einer der Hauptgründe, warum der NSU 2.0-Skandal bis heute nicht vollständig aufgeklärt ist. Auch sie hat die Nebenklage in dem Prozess vertreten und übt Kritik:

O-Ton 07 Antonia von der Behrens (gekürzt):

Eigentlich sollte eine Lehre aus dem NSU-Komplex gewesen sein, dass Betroffenen rassistischer Taten zugehört werden muss und dass die von ihnen gelieferten Ermittlungsansätze ernst genommen werden müssen, auch das ist im NSU 2.0-Komplex nicht der Fall gewesen.

Autor:

Im Zuge der Ermittlungen gegen die betroffenen Polizisten werden auf dem Handy der angeklagten Polizistin Miriam D. rechtsextreme Chatgruppen entdeckt. Gruppen, in denen rassistische, antisemitische und homophobe Beleidigungen ausgetauscht werden. Zudem stellt sich heraus, dass nun – über zwei Jahre nach dem Anschlag von Hanau, 13 der 18 eingesetzten SEK-Beamte in der Tatnacht Teil dieser rechtsextremen Chatgruppen waren. Das wirft folgende Fragen auf: Gibt es ein rechtsextremes Netzwerk im Herzen der hessischen Polizei? Passierten in der Tatnacht deshalb so viele Pannen, weil die eingesetzten Beamten nach dem falschen Täter suchten? Die Ermittlungen nach den Chatgruppen treten eine Lawine los. Immer mehr Polizeibeamte geraten unter Verdacht. Im Dezember 2022 zählen die Ermittler 67 rechte Chatgruppen, bei denen über 100 Beamte beteiligt gewesen sein sollen.

O-Ton 08 Tobias Singelstein:

Die Polizei tut sich auf jeden Fall schwer damit, Fehlverhalten in den eigenen Reihen transparent aufzuarbeiten und aufzuklären, gerade wenn es um Strafverfahren geht, wo es unter Umständen mit empfindlichen Folgen verbunden ist. Und diese Verbundenheit gibt es bei der Polizei in besonderem Maß.

Autor:

Tobias Singelstein ist Professor am Lehrstuhl für Kriminologie an der Juristischen Fakultät der Ruhruniversität Bochum. Zusammen mit Daniela Hunold hat der Jurist das Buch „Rassismus in der Polizei“ veröffentlicht (1), er erforscht die Dimensionen des Rechtsextremismus innerhalb der Sicherheitsbehörden.

O-Ton 09 Tobias Singelstein:

Es gibt Probleme, da tut sich die Polizei schwer, sich damit auseinanderzusetzen, zum Beispiel übermäßige Gewaltanwendung oder rassistische Diskriminierung oder Rechtsextremismus, sind ja die großen Themen, die wir in den vergangenen Jahren diskutiert haben. Und da fällt es der Polizei schwer, bei sich zu schauen, was da im Argen liegt.

Autor:

Rassistische Einstellungen von Kolleginnen und Kollegen würden als „persönliche Schwäche“ ausgelegt, nicht aber als ein *strukturelles* Problem, von dem der gesamte Sicherheitsapparat betroffen sei, erklärt der Kriminologe. Kritik von außen wehrten die verantwortlichen Vorgesetzten in der Polizei beharrlich ab.

O-Ton 10 Tobias Singelstein:

Und das hängt viel damit zusammen, was für ein Selbstbild die Organisation von sich hat. Weil die Polizei insgesamt, aber auch die einzelnen Beamtinnen und Beamten, die haben ein Selbstbild, dass sie was Gutes tun, dass sie was für die Gesellschaft machen, dass sie die Guten sind. Und da passt es nicht zusammen, wenn es so große Probleme wie Gewaltanwendung oder Rassismus gibt.

Musik

Autor:

Immer mehr Enthüllungen legen offen, dass Polizeibeamte auf Landes- und Bundesebene rassistische Vorurteile hegen oder rechtsextreme Kontakte pflegen. Auf Bildern und Videos, die Strafverfolgungsbehörden im September 2020 in Chatgruppen von Polizisten und Polizistinnen aus Mülheim und anderen Städten im Ruhrgebiet finden, sind Weihnachtsbaumkugeln mit SS-Runen zu sehen. Beamtinnen singen die erste Strophe des Deutschlandliedes. Flüchtlinge werden in eine Gaskammer hineinmontiert. Der Innenminister von NRW, Herbert Reul, spricht von „übelster und widerwärtigster neonazistischer Hetze“ und setzt einen Sonderbeauftragten ein, um einen Lagebericht zu erstellen. Der Bochumer Kriminologe Tobias Singelstein erläutert, warum die Politik vorsichtig ist, wenn es um Kritik an der Polizei geht:

O-Ton 11 Tobias Singelstein:

In der Polizei sind die Vorgesetzten gefragt, aber auch Politik und Verwaltung, die die Aufsicht über die Polizei ausüben, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Und gleichzeitig muss man sehen, dass die politischen Spielräume für eine Kritik polizeilicher Praxis begrenzt sind. Weil die Politik kann sich nicht dauernd und an jeder Stelle „gegen die Polizei stellen“ oder die Polizei kritisieren, sondern sie ist auf die Unterstützung dieser durchaus machtvollen Organisation angewiesen. Deswegen überlegen sich Politikerinnen und Politiker schon sehr genau, wann und auf welche Weise sie kritisch mit der Polizei umgehen.

Autor:

Was ist dran am Vorwurf von Journalisten, Menschenrechtlerinnen und Angehörigen von Opfern, die Polizei leide an „strukturellem Rassismus“? Allein 2019 soll es journalistischen Recherchen zufolge zu mehr als 200 Fällen mit rechtsextremem Hintergrund bei der Polizei gekommen sein. Tobias Singelstein kritisiert deshalb – so wie Heike Kleffner auch, dass es in Deutschland keine übergeordnete unabhängige Stelle gibt, die Verdachtsfälle prüft.

O-Ton 12 Tobias Singelstein:

Im Bereich der Strafverfolgung ist es in Deutschland so, anders als in anderen Ländern, die Polizei haben, die für die Ermittlungen zuständig sind, da haben wir das Problem, dass Kollegen gegen Kollegen ermitteln, und da wäre es natürlich am allerbesten, wenn wir eine Behörde hätten, die tatsächlich formal unabhängig und die Ermittlungen in solchen Fällen übernehmen können.

Autor:

Hinzukommt: Wie wird „Rechtsextremismus in der Polizei“ überhaupt definiert? Geht es „nur“ um rechtsextreme, rassistische und antisemitische *Einstellungen* einzelner Beamter? Oder auch um ihre Verbreitung? Geht es um Mitgliedschaft in Organisationen, die der Verfassungsschutz als rechtsextremistisch einstuft? Oder geht es um Handlungen und zielgerichtete Organisationsversuche, etwa die Bildung entsprechender Zellen und Netzwerke? Es brauche nicht nur eine institutionelle und gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, sondern auch wissenschaftliche Studien, fordert Singelstein. Aber:

O-Ton 13 Tobias Singelstein:

Im Augenblick sieht es so aus, als wäre es noch ein weiter Weg dahin. Was wir immerhin bekommen, sind unabhängige Polizeibeauftragte, also Stellen, die eher bei den Parlamenten angesiedelt sind und ähnlich wie die Datenschutzbeauftragten eine unabhängige Position haben. Bei denen ist das große Problem im Augenblick, dass sie nur für die Bagatellfälle zuständig sind, weil sie nicht tätig werden dürfen, sobald es ein Straf- oder Disziplinarverfahren gibt.

Autor:

Allen voran sperrte sich der ehemalige Bundesinnenminister Horst Seehofer beharrlich gegen eine Untersuchung zum Rassismus in der Polizei, die er als „ungerechtfertigten Generalverdacht gegenüber der gesamten Polizei“ darstellte. Hermann Groß beschreibt dieses Verhalten als „offensive Erkenntnisverweigerung“ (2). Der Psychologe und Politologe lehrt an der Hessischen Hochschule für Polizei

und Verwaltung. Groß scheiterte immer wieder mit Forschungsvorhaben am Widerstand in den Reihen der Sicherheitsbehörden. Der Grund:

O-Ton 14 Hermann Groß:

Die allermeisten Polizeibeamten sagen: „Warum werden wir hier in einen Topf mit denjenigen geschmissen, die Fehlverhalten zeigen oder nachweisbares Fehlverhalten?“ Sie haben in Hessen als jüngstes Beispiel den Vorfall in Idstein, wo es die Videoaufnahmen gab, die zunächst verschwunden waren. Viele Polizeibeamtinnen und -beamten sagen: „Was hat das mit mir zu tun, ich war da nicht beteiligt.“ Und jetzt kommt wieder die Generalanklage, der Generalverdacht, Polizeibeamte wollen was vertuschen und Fehlverhalten decken. „Corpsgeist“ – Sie kennen die ganzen Vokabeln, die in diesem Zusammenhang genannt werden.

Autor:

Untersuchungen zu heiklen Themen gebe es allenfalls, wenn Probleme bekannt geworden sind, so Groß, und zwar um zu beweisen, dass es gar kein Problem gebe. Der Polizeiwissenschaftler bezweifelt allerdings, dass die Polizei in Hessen von rechten Einstellungen mehr betroffen ist als die anderer Bundesländer.

O-Ton 15 Hermann Groß:

Hessen ist ein Schwerpunkt in dem, was öffentlich wurde, was im Hellfeld, wie Kriminologen sagen würden, erschienen ist. Ich glaube, dass das Dunkelfeld, also die Vorfälle oder die Chatgruppen, die nicht entdeckt wurden, die sind relativ gleich verteilt in Deutschland.

Autor:

Als das Bundesinnenministerium im Dezember 2020 den Entwurf einer entsprechenden Studie veröffentlicht, die sie bei der „Deutschen Hochschule der Polizei“ in Münster in Auftrag gegeben hat, sind Forscher wie der Kriminologe Tobias Singelstein enttäuscht. Methoden und Fragen wurden stark überarbeitet. Singelstein spricht von „Verwässerung“. Die Studie soll vor allem die „Arbeitszufriedenheit, die Motivation zur Berufswahl und Gewalt im Alltag“ von Polizisten untersuchen. Auf der Webseite des BMI steht außerdem: „Für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gilt null Toleranz. Die Studie soll untersuchen, wie dieser Anspruch auch künftig gelebt werden kann.“ (3). Sie wird Anfang 2021 verabschiedet. Alle Bundesländer beteiligen sich daran – außer Baden-Württemberg, kritisiert Heike Kleffner:

O-Ton 16 Heike Kleffner:

Die Situation in Baden-Württemberg ist bundesweit einmalig. Wir haben 16 Bundesländer, die mit der Frage zu tun haben: „Gibt es Rassismus bei der Polizei?“ Und erstmals eine Studie, die diese Frage untersuchen soll. Von 16 Bundesländern haben 15 Bundesländer mehr oder weniger, widerwillig gesagt, ja an dieser Studie beteiligen wir uns. Das einzige Bundesland, das sich nicht beteiligt ist Baden-Württemberg.

Autor:

Die Gründe für die ablehnende Haltung des Personalrats der baden-württembergischen Polizei bleiben unklar. Der Hauptpersonalratsvorsitzende Ralf

Kusterer deutete im November 2022 im Gespräch mit dem SWR „rechtliche Bedenken“ an (4). Was darunter konkret zu verstehen ist, könne er aus „Verschwiegenheitsgründen“ nicht erläutern. Anfragen von SWR2 Wissen sowohl an das Innenministerium als auch an die Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg blieben unbeantwortet. Allein die Berufsvereinigung „PolizeiGrün“ hat sich zu den Vorwürfen geäußert. Armin Bohnert ist Polizeidirektor am Präsidium Freiburg, Mitglied der Grünen und im Vorstand des Vereins „PolizeiGrün“:

O-Ton 17 Armin Bohnert:

Wir stellen immer wieder fest, dass es innerhalb der Polizei, und da ist Baden-Württemberg keine Ausnahme, sehr große Vorbehalte gegenüber der Wissenschaft gibt. Es wird immer eine Voreingenommenheit unterstellt. Man unterstellt den Wissenschaftlern, dass sie der Polizei gewisse Dinge nachweisen wollen, was sie schon im Vorfeld festgelegt haben. Also das Misstrauen ist relativ hoch. Und das wird an Einzelfragen manifestiert nach dem Motto: „Da seht ihr doch, die Fragen sind schon tendenziös“.

Autor:

Armin Bohnert gehört mit seinen Ansichten zu einer Minderheit der Polizei in Baden-Württemberg. Dass die Mehrheit seiner Kollegen und Kolleginnen eher konservativ denken, liegt für ihn auf der Hand. Aber wie der Polizeiapparat genau tickt, weiß auch er nicht genau.

O-Ton 18 Armin Bohnert:

Wir haben intern immer wieder Mitarbeiterbefragung und Feedback-Instrumente, aber wenn man wirklich valide mit abgesicherten Kriterien und vergleichbaren, aus zeitlichen Verläufen wie entwickelt sich das, dann müsste man es anders aufstellen. Tatsächlich da fehlen uns valide Daten.

Musik

Autor:

Nicht nur in der Polizei sind rassistische Einstellungen und Sympathien für Rechtsextreme in den vergangenen Jahren sichtbar geworden, sondern auch bei Richtern und Staatsanwälten. Der Journalist Ronen Steinke, der den aktuellen Report „Recht gegen Rechts“ (5) von Ende Januar 2023 mitherausgegeben hat, nennt ein Beispiel:

O-Ton 20 Ronen Steinke:

Wir haben in Sachsen den AfD-Richter Jens Maier gehabt, jemanden, der für die AfD vier Jahre lang im Bundestag saß und wirklich schlimmste rassistische Dinge von sich gegeben hat.

Autor:

Jens Maier war lange am Dresdner Landgericht tätig. Der Richter spielte im inzwischen aufgelösten rechtsextremen „Flügel“ der AfD eine wichtige Rolle. Nachdem er bei der Bundestagswahl 2021 sein Mandat verloren hatte, wollte er zurück ins Richteramt:

O-Ton 21 Ronen Steinke:

Und dem Rechtsstaat ist es nicht gelungen, den davon abzuhalten zurückzukehren in eine Position der Macht als Richter. Was bedeutet das für Rechtsextreme, die dann vor Gericht erscheinen und da sich verantworten müssen? Wenn die das Gefühl bekommen, im Rechtsstaat sitzen Leute, die ihnen insgeheim die Daumen drücken, dann beflügelt die das auf eine ganz, ganz neue Weise. Und ich glaube, das ist etwas, was wirklich lange sich dramatisch zugespitzt hat.

Autor:

Mittlerweile hat ein Gericht entschieden, dass Maier nicht mehr als Richter arbeiten darf.

Ein weiteres aktuelles Beispiel ist die Richterin Birgit Malsack-Winkemann, eine frühere AfD-Bundestagsabgeordnete. Sie wurde Anfang Dezember 2022 zusammen mit anderen Rechtsextremen und Reichsbürgern bei der Großrazzia der Bundesanwaltschaft mit 3000 Polizeibeamten festgenommen. Malsack-Winkemann sitzt seither in U-Haft.

O-Ton 22 Dirk Laabs:

Natürlich sind das nur Einzelfälle, wenn man sich die Gesamtzahl anschaut, aber es fiel schon auf, dass sich ein bestimmter Teil der Richterschaft, ein ganz kleiner Teil, sehr wohlfühlt in der AfD, aus welchen Gründen auch immer. Und das war bekannt und die Überraschung jetzt, ist wirklich verblüffend, die Gefahr der AfD müsste eigentlich bekannt sein.

Autor:

Der Investigativ-Journalist Dirk Laabs kritisiert nicht nur die Nähe mancher Richterinnen und Richter zur AfD, sondern dass sie in ihrer Funktion als Verteidiger des Rechtsstaates nicht konsequent gegen Rechtsextreme vorgehen. Das hat er schon im Jahr 2019 in seinem Buch: „Staatsfeinde in Uniform – Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern“ (6) beschrieben:

O-Ton 23 Dirk Laabs:

Wenn es um das Thema geht, wie kriege ich einen rechtsextremistischen Beamten aus der Karriere raus, wie kann ich den loswerden? Und da kann man beobachten, in Ostdeutschland passiert das regelmäßig, dass es extrem schwer ist, weil die Verwaltungsgerichte da nicht mitgehen.

Autor:

Dirk Laabs und sein Kollege Ronen Steinke sind besorgt. Für beide spielt die AfD – die gerade ihren zehnten Gründunggeburtstag gefeiert hat – eine entscheidende Rolle. Denn ihr politisches Personal mache rechte Gedanken für jene attraktiv, die sich noch von hasserfüllten Skinheads und gewalttätigen Neonazis abgestoßen gefühlt hatten.

O-Ton 24 Ronen Steinke:

Heute haben wir eine AfD, die teilweise dieselben Inhalte wesentlich raffinierter darbietet, die Krawatten sich umbinden, die Dinge salonfähig präsentiert. Und der AfD gelingt es deswegen in ganz andere Wählerschichten vorzustoßen und auch,

was mich als Jurist beunruhigt, und was wir mit diesem Report dokumentieren, auch vorzustoßen in Bereiche staatlicher Macht, sei es auf kommunaler Ebene, sei es sogar in der Justiz.

Autor:

Rechtsextreme in der Polizei, in der Justiz, in den Behörden, in demokratisch gewählten Parteien. Findet eine Unterwanderung des Rechtsstaates statt?

O-Ton 25 Heike Kleffner:

Ich finde es falsch davon zu sprechen, dass Institutionen des Staates unterwandert wurden. Ich glaube eher, dass die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen und die Stärke extrem rechter Bewegungen, extrem rechte Polizisten und Soldaten genauso wie Richter:innen dazu ermutigen, offensiver ihre Einstellung nach außen zu tragen.

Autor:

Deshalb sind fundierte wissenschaftliche Studien nötig, die sich mit Vorurteilen von Angehörigen der Polizei, in Eliteeinheiten und in der Justiz beschäftigen. Es sind Trainings nötig, die ihre diffusen rassistischen, antisemitischen und sexistischen Einstellungen zum Thema machen – damit aus Einstellungen nicht irgendwann Taten werden. Polizisten müssen Bürgerinnen und Bürger schützen. Sie dürfen nicht aus geheimer Sympathie mit Rassisten und Rechtsextremisten deren Gewalttaten decken. So wie es vielleicht während der Tatnacht von Hanau und danach geschehen ist, so der Vorwurf von Heike Kleffner:

O-Ton 26 Heike Kleffner:

Wenn wir uns angucken in Hanau die Situation vor Ort, dann haben wir viel zu wenige Konsequenzen bei der Polizei und auch bei der Justiz aus dem Fehlverhalten der hessischen Polizei und der hessischen Justiz nach und während des Attentats. Und wir haben eine Situation, wo politisch Verantwortliche in Hessen – obwohl der Verdacht im Raum steht, dass das eigene SEK, das in Hanau in der Tatnacht im Einsatz war, rechtsextreme Chatnachrichten geteilt hat – gesagt hat: „Naja es macht ja nichts, die können ja trotzdem gute Polizeibeamte sein.“ Und das ist wirklich die falsche Botschaft!

Autor:

Übermorgen, am Sonntag, den 19. Februar, jährt sich der rassistische Anschlag von Hanau zum dritten Mal. Ob es vor, während und nach der Tat zu Behördenversagen gekommen ist, beschäftigt einen Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags. Für die Polizei und die Sicherheitsbehörden ist der rassistische Anschlag von Hanau mit der Auflösung des rechtsextremen SEK abgeschlossen. Die Familien der Opfer von Hanau warten dagegen bis heute auf Antworten. Ihr Vertrauen in den Rechtsstaat ist unwiederbringlich zerstört.

Musik

Abspann:

SWR2 Wissen „Rechtsextreme in Uniform – Rassismus in Polizei und Justiz“. Autor und Sprecher: Jan Tussing. Redaktion: Sonja Striegl.

* * * * *

Endnoten mit Links zur Quelle:

(1) Tobias Singelstein und Daniela Hunold haben im November 2022 das Buch „Rassismus in der Polizei“ veröffentlicht. Hier der Link zum kostenlosen Download:
<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-37133-3>

(2) Zitiert aus „Auf dem Rechten Weg“, von Aiko Kempen, Europaverlag, 2021

(3) Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden, Lagebericht 2020 und 2022, Bundesamt für Verfassungsschutz

(4) Interview in SWR Aktuell:

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/polizeistudie-ohne-bw-100.html>

(5) „Report gegen Rechts 2023“ Ronen Steinke, Heike Kleffner (Hrsg), Fischer Verlag

(6) Dirk Laabs, „Staatsfeinde in Uniform, Econ Verlag, 2020